

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich I
Fachbereich 2 / Personal und Organisation
Bearbeitet von: Herrn Claudi

Datum
12.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

1.

Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung	04.07.2002
Rat	17.07.2002

Betreff:

Stellenplan 2002;

Umwandlung von 4 Stellen des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst eine Stelle von Besoldungsgruppe A 8 nach Besoldungsgruppe A 9 mD und drei Stellen von Besoldungsgruppe A 7 nach Besoldungsgruppe A 8 umzuwandeln.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Schreiben des I. Beigeordneten vom 10.10.2001 an den Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein wurde die Zulassung einer flexibleren Regelung der Stellenobergrenzen für den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst beantragt. Hintergrund hierfür war, dass nach der Stellenobergrenzenverordnung Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst für mehrere Jahre nicht bestehen und auch die versuchsweise zulässige Einbeziehung der Angestelltenstellen in die Stellenkegelberechnung keine zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten eröffnet hat.

Da das Land von seiner Regelungskompetenz, kraft Rechtsverordnung Sonderregelungen für Gemeinden mit weniger als 150.000 Einwohnern zu erlassen, bisher keinen Gebrauch gemacht hat, wurde seitens der Verwaltung beantragt, die Sonderregelungen für Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern anwenden zu dürfen, bis das Land von seiner Regelungskompetenz Gebrauch macht.

Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein hat mit Schreiben vom 26.03.2002 dem Antrag entsprochen und ausnahmsweise ausschließlich für den mittleren Dienst die für Städte unterhalb von 100.000 Einwohnern günstigeren Stellenanteile nach den §§ 6 und 7 Stellenobergrenzenverordnung (StOV) zugelassen.

Bei Anwendung der Sonderregelungen nach § 6 und § 7 StOV ergeben sich derzeit im mittleren nichttechnischen Dienst eine Beförderungsmöglichkeit nach BesGr. A 9 und drei Beförderungsmöglichkeiten nach BesGr. A 8.

Das Anhörungsverfahren gemäß § 75 LPVG NW wurde am 05.06.2002 durchgeführt.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle SN A Persönliche Ausgaben
-----------------------------------	--	-------------------------------	---	--

Ulf Stötzel

Anlagen: 0